



WIRTSCHAFT

20.07.2020

Skandal-Bank: "Finanzombudsman" will Geld von Republik

Im Skandal um die Commerzialbank Mattersburg will ein selbst ernannte "Finanzombudsman" Geld von der Republik Österreich holen.

Hilfe will der "Finanzombudsman" Gerald Zmuegg dabei von der Anwaltskanzlei Christandl & Partner erhalten. Für Geschädigte will man Geld von der Republik Österreich holen, weil man Fehler bei der staatlichen Aufsicht ortet.

Zuerst soll eine außergerichtliche Einigung versucht werden, notfalls will man klagen, hieß es am Montag zur APA.

Kritik an TPA

Der Bilanz-Prüfer TPA und die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hätten über bestimmte Auffälligkeiten stolpern müssen. Das zeigten die Analysen etwa von Bilanzsumme, Kreditvolumen und Einlagen bei anderen Banken.

Die Bilanzsumme der Cb Mattersburg sei - angeblich - von 2013 bis 2018 um 37,25 Prozent gestiegen, die Einlagen bei Banken zugleich um 51,08 Prozent, die Kredite an Kunden aber lediglich um 9,20 Prozent.



© Bild: APA - Austria Presse Agentur

Die Verzinsung für die Einlagen seien im Schnitt bei 0,85 Prozent gelegen, um mehr als die Hälfte höher als vergleichsweise bei der RLB Burgenland und der Bank Burgenland - und

andere Banken hätten der Commerzialbank keine Kredite mehr gegeben, verweist der Geschäftsführer der Zmuegg Vermögensverwaltung GmbH. (Wien) auf Ungereimtheiten.

Leitfaden entwickelt

Zmuegg erklärte am Montag, für Unternehmen, die mit Veranlagungen von der Causa Commerzialbank betroffen seien, habe man mit der Kanzlei Christandl & Partner ein Konzept bzw. einen Leitfaden entwickelt und wolle "zunächst im außergerichtlichen Wege versuchen, die entstandenen Schäden von der Republik zurückerhalten".

Dazu werde man in den nächsten Wochen Kontakt mit dem Masseverwalter und den staatlichen Vertretern aufnehmen. Klagen gegen die Republik seien "erfahrungsgemäß langwierig".

WIRTSCHAFT

Commerzialbank: Das große Versagen der Kontrolllore

Und Klagen gegen Wirtschaftsprüfer seien betragsmäßig beschränkt. Sollten die Gespräche mit Masseverwalter und staatlichen Vertretern scheitern, habe man den Betroffenen empfohlen, unter Berücksichtigung der Verjährungsfristen den Rechtsweg zu beschreiten.

Erfahrungen

Dabei könne man auf das Know-how zu den Causen Bank für Handel und Industrie (BHI) und Riegerbank sowie der Pleite des Finanzdienstleisters AMIS zurückgreifen, bei denen Christandl & Partner jeweils Musterverfahren gegen die Republik Österreich gewonnen habe.

Der Prozessfinanzierer Advofin hatte bereits vorige Woche eine Sammelklage im Skandal der Commerzialbank Mattersburg an.

"Es haben sich bereits viele Gemeinden und Kunden, die mehr als 100.000 Euro auf Konten liegen haben, bei uns gemeldet", so AdvoFin-Chef Gerhard Wüest im Samstag-"Kurier" (Samstag). Etwa das Zinsergebnis in der Bilanz sei "völlig unglaubwürdig", meinte Wüest in Richtung TPA-Wirtschaftsprüfer.